



Niederschrift

12. Sitzung Hauptausschuss
13. Oktober 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

1.2. Präsentation der EnBW des Projektes "Anonymisierte Videoüberwachung am Europaplatz"

Vorlage: 2020/1068

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Präsentation der EnBW zur Kenntnis und stimmt der datenschutzkonformen Videoüberwachung des Europaplatzes im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojektes zu.

Abstimmungsergebnis:

Verwiesen in den Gemeinderat

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1.2 zur Behandlung auf und begrüßt Herrn Säger und Herrn Gauff von der EnBW und übergibt das Mikrofon für deren Vortrag.

Herr Gauff (EnBW) stellt das Projekt EnBW-SafePlaces vor. Dieses ermögliche eine datenschutzkonforme Videoüberwachung von Plätzen. Es diene der Prävention und biete die Möglichkeit in der konkreten Situation einzugreifen. Er stellt in Aussicht im nächsten Jahr mit dem Projekt beginnen zu können. Auf Nachfrage von **Stadträtin Mayer (GRÜNE)** zu den Kosten teilt er mit, dass es sich derzeit um ein Pilotprojekt handle. Es bestehe Interesse an der Weiterentwicklung des Produkts. Nach der Pilotphase und nach der Bewährung des Systems müsste das Gespräch gesucht werden. Es sei eine Technik entwickelt worden, die bereits zu Beginn ohne personenbezogene Daten auskomme. Danach werde zusätzlich noch anonymisiert. Der Hintergrund der Videos sei statisch. Charakteristische Gegenstände müssten dem System erst beigebracht werden, sofern sie erkannt werden wollten. Die Verarbeitung der Daten finde derzeit vor Ort statt. Mittelfristig solle dies durch eine Cloudlösung abgelöst werden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) betont, dass die Einhaltung des Datenschutzes ein wichtiges Argument sei und müsse gegenüber anderen Gütern gut abgewogen werden.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) zeigt sich irritiert über die Vorstellung des Projekts eines Konzerns in einer öffentlichen Sitzung. Auch liege keine Beauftragung des Gemeinderats an die Verwaltung vor, solch ein Projekt zu verwirklichen. Weiter führt er aus, dass noch nicht ausdiskutiert sei, solch einen Weg der Überwachung zu gehen. Er teilt mit, dass für seine Fraktion ein solches Vorhaben nicht mittragen werde.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Diskussion über die Implementierung des Projekts im nichtöffentlichen Teil fortzusetzen. Er verdeutlicht, dass die EnBW den Vorschlag gemacht habe den Europaplatz für ein Pilotprojekt zu nutzen.

Herr Gauff (EnBW) teilt auf Nachfrage von **Stadtrat Pfannkuch (CDU)** mit, dass es sich beim Mannheimer Modell um ein reines Forschungsprojekt handele. Es unterscheide sich dadurch, dass bei EnBW-SafePlaces kein Klاربild und keine personenbezogenen Daten erhoben werden. Auf Nachfrage von **Stadtrat Schnell (AfD)** berichtet er, dass die Situation zunächst von der Alarmempfangsstelle der EnBW beurteilt werde und dann gegebenenfalls die zuständige Polizeidienststelle informiert werde. Dann hänge es zur Klärung der Situation davon ab, wie schnell diese vor Ort sein könne.

Herr Gauff (EnBW) erläutert auf Nachfrage von **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)**, dass die Situationen, die ein Auslösen eines Alarms zur Folge haben, zwischen Stadt und Polizei festgelegt werden müssten. Er berichtet auf Nachfrage von **Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR)**, dass die entstandenen Bilder bei der EnBW auflaufen würden. Dies sei vor dem Hintergrund, dass auch die bedienenden Personen geschult werden müssen, die Bilder zu interpretieren, derzeit sinnhaft. Grundsätzlich sei aber auch eine andere Lösung denkbar.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass die Diskussion über dieses wichtige Thema öffentlich geführt werden solle.

Stadträtin Mayer (GRÜNE) teilt mit, dass sie das Projekt kritisch sehe und es nicht vorstellbar sei, solch ein Projekt in Karlsruhe zu unterstützen. Auch werde keine dringende Notwendigkeit gesehen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass nun doch gesprochen werde und offensichtlich keinen Sinn in einer nichtöffentlichen Diskussion gesehen werde. Daher könne der Vorgang auch zum Ende gebracht werden. Er fasst auf Nachfrage von **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** zusammen, dass dieses Pilotprojekt nicht den Kommunalen Ordnungsdienst ersetzen werde. Auch habe es nichts mit einer neuen Konzeption für den Europaplatz zu tun. Vielmehr handele es sich um ein Angebot einer Karlsruher Firma eine Neuentwicklung an einen Platz zu erproben, welcher vom subjektiven Sicherheitsempfinden als kritisch eingeschätzt werde. Er sehe nach Ende der Projektphase keine automatische Verstetigung und damit den Einstieg in die Finanzierung.

Bürgermeister Dr. Käuflein fasst zusammen, dass mit der heutigen Vorlage der EnBW lediglich die Durchführung eines Pilotprojekts gestattet werden solle. Die Kosten hierfür werden von der EnBW getragen, auf die Stadt Karlsruhe kommen keine Kosten zu. Er verweist auf den langen Prozess der Genehmigung durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Er stellt nochmals klar,

dass zu keinem Zeitpunkt ein Bild entstehe, welches Rückschlüsse auf Personen zulassen würde. Auch entstehe dadurch kein Auftrag an die EnBW weitere Plätze auszustatten. Es gehe darum, eine neue Technik auszuprobieren und Erfahrungen zu sammeln. Er verweist auch auf Anmerkung von **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** darauf, dass es vielfach üblich sei, dass die Polizei oder der Kommunale Ordnungsdienst von privaten Sicherheitsfirmen kontaktiert werde.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) führt aus, dass mit solchen Systemen das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteigert werden solle. Er stellt dar, dass um das gleiche Ziel, nämlich das der Informationsweitergabe einer bedrohlichen Situation an die Polizei, zu erreichen sehr viel personelle Kräfte erforderlich seien. Er hält das System für gut vertretbar.

Der Vorsitzende sagt auf Bitte von **Stadtrat Hock (FDP)** zu, die Entscheidung im Gemeinderat zu treffen.

Stadtrat Schnell (AfD) hält es für richtig, dass über dieses Thema öffentlich diskutiert werde. Letzten Endes soll mit Hilfe dieses Systems nicht nur das Sicherheitsempfinden sondern auch die Sicherheit selbst verbessert werden. Er verweist auch auf die Genehmigung durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Es spreche somit nichts dagegen, dieses System zu testen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) verweist darauf, dass es sich beim vorliegenden System gerade nicht um eine Videoüberwachung handle mit dem letzten Endes Straftaten aufgeklärt werden könnten. Er fragt sich, weshalb nicht Notrufknöpfe am Europaplatz aufgestellt werden können und weshalb das Signal nicht direkt an die Polizei oder den Kommunalen Ordnungsdienst gehe sowie wer nun letztlich den Algorithmus, aufgrund dessen ein Eingreifen erfolge, festlege.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) stellt fest, dass es hier gerade nicht darum gehe, personenbezogene Daten zu erheben und sowohl Sozialarbeit und ordnungspolitische Maßnahmen benötigt werden. Durch die Erhöhung der Geschwindigkeit zum Eingreifen werde das Instrument präventiv. Er unterstützt, dass dies nochmals im Gemeinderat diskutiert werden solle.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) weist darauf hin, dass es sicherlich wünschenswert wäre, wenn es genügend Polizistinnen und Polizisten gebe, die anlasslos Streife laufen könnten. Die CDU sehe mit diesem Projekt einen Fortschritt und den präventiven Charakter. Sie verweist auf die Erfahrungen der VBK/KVV, wonach die Übergriffe nach Installation der Videoüberwachung deutlich zurückgegangen seien. Sie plädiert dafür, diesem System eine Chance zu geben.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass dieses Thema in den Gemeinderat gehoben werde. Er bittet darum, zu den Fragen von **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** eine Information zu erhalten, wonach Situationen beschrieben werden sollen, die einen Alarmruf auslösen und wie damit umgegangen werde, wenn ein Mitarbeiter der EnBW eine gefährliche Situation nicht erfasse. Er bedankt sich bei **Herrn Sänger** und **Herrn Gauff** für die Teilnahme an der Sitzung und gratuliert zur Zustimmung durch den Landesdatenschutzbeauftragten. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, den Verweis an den Gemeinderat fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
12. Januar 2021